

RICHTIGES FÜR NIEDERSACHSEN

D A S F D P - K U R Z W A H L P R O G R A M M 2 0 0 8

ZWEITSTIMME FDP



Der Richtige für Niedersachsen

Dr. Philipp Rösler ist Landesvorsitzender der FDP in Niedersachsen und Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. Er tritt zur kommenden Landtagswahl am 27. Januar als Spitzenkandidat der niedersächsischen Liberalen an. Rösler, am 24. Februar 1973 in Kanh Hung in Vietnam geboren, wurde im Alter von neun Monaten adoptiert und kam so nach Deutschland. Der heute verheiratete 34-jährige wuchs bei seinem Adoptivvater in Bückeberg, Hamburg und Hannover auf und begann nach dem Abitur sein Medizinstudium bei der Bundeswehr an der Medizinischen Hochschule Hannover. Später arbeitete er im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg und als Sanitätsoffizier in Hannover. Neben Abitur, Studium und Promotion begann sich Rösler 1992 in der FDP zu engagieren – zunächst bei den Jungen Liberalen und dann auch in der FDP selbst. So war er unter anderem Vorsitzender der Jungen Liberalen Niedersachsen, Mitglied der Regionsversammlung Hannover und Generalsekretär der niedersächsischen FDP.

Seit dem Wiedereinzug der Liberalen in den Niedersächsischen Landtag im Jahr 2003 ist Rösler Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. 2005 wurde er ins Bundespräsidium der FDP gewählt. 2006 wurde Rösler als Nachfolger seines politischen Ziehvaters Walter Hirche zum Landesvorsitzenden der FDP Niedersachsen gewählt.

Philipp Röslers Leitspruch lautet:
„Mutige Menschen machen mutige Politik.“

FDP- Die Richtigen für Niedersachsen

Liebe Wählerinnen und Wähler,

am 27. Januar 2008 haben Sie die Wahl, wie es in den nächsten fünf Jahren mit Niedersachsen weiter geht. Die FDP will die Politik fortführen, die unser Land in den letzten Jahren nach vorne gebracht hat: Der Landeshaushalt wurde saniert. Die Wirtschaft wurde kräftig angekurbelt. Niedersachsen hat sich im Ländervergleich deutlich nach vorne gearbeitet.

Um diesen richtigen Kurs fortsetzen zu können, wirbt die FDP um Ihre Unterstützung. Denn während alle anderen nach links rücken, bleiben die Freien Demokraten in der Mitte.

Die FDP ist die Partei, die sich dafür einsetzt, dass endlich auch die etwas vom Aufschwung spüren, die hart dafür gearbeitet haben. Ob Streichung der Pendlerpauschale und der Eigenheimzulage oder Mehrwertsteuererhöhung – alles ging zu Lasten der gesellschaftlichen Mitte. Die FDP will erreichen, dass alle wieder mehr Netto in der Tasche haben.

Für eine verlässliche und flexible Kinderbetreuung und für gute und chancengleiche Bildung an Schulen, Universitäten und in der Ausbildung, für neue Arbeitsplätze in einer florierenden und wachsenden niedersächsischen Wirtschaft – dafür steht die FDP.

Und die FDP ist in Niedersachsen das notwendige rechtsstaatliche Korrektiv. Wann auch immer die Rufe



FDP-Fraktion unterwegs im Fahrradland Niedersachsen

nach mehr Überwachung und staatlicher Kontrolle laut werden, setzen die Liberalen klare Zeichen für den Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Freiheit. Auch künftig werden die Liberalen für das richtige Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit sorgen.

Die FDP ist stolz darauf, dass sie die Erfolge dieser Landesregierung mitgeprägt hat. Dies ist auch ein Verdienst liberaler Politik. Diese Koalition hat in jedem Fall

Modellcharakter für Deutschland.

Deshalb braucht die FDP am 27. Januar 2008 Ihre Zweitstimme. Denn die FDP und Dr. Philipp Rösler sind die Richtigen für Niedersachsen.

Ihr

Dr. Philipp Rösler,

Spitzenkandidat der FDP Niedersachsen

Niedersachsens Wirtschaft auf Erfolgskurs



Walter Hirche

Die FDP in Niedersachsen hat mit Wirtschaftsminister Walter Hirche für die Entwicklung unseres Landes viel erreicht, aber es gilt auch in Zukunft noch viele wichtige Vorhaben umzusetzen. Die von Vertrauen und Berechenbarkeit geprägte Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat in Niedersachsen dazu geführt, dass wir uns seit dem Regierungswechsel 2003 wieder auf einem dynamischen Wachstumskurs befinden.

Niedersachsen hat sich aus der unteren Tabellenhälfte der Bundesländer in die obere Hälfte hochgearbeitet. Nur einer von vielen Erfolgen: Seit dem Regierungswechsel 2003 konnte das Wirtschafts-

wachstum deutlich gesteigert werden. Als die Wirtschaft in Deutschland insgesamt schrumpfte, legte Niedersachsen beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu. Im Jahr 2006 wurde mit 2,6 % das stärkste Wachstum seit dem Jahr 2000 gemessen.

Es gibt aber noch viel zu tun: Es müssen weitere Einzelregelungen verändert werden, die sich als Hindernis für mehr Beschäftigung herausstellen.

[weiter auf Seite 2](#)

Umweltpolitik mit den Menschen



Hans-Heinrich Sander

Hans-Heinrich Sander hat als niedersächsischer Umweltminister großartige Erfolge im Umwelt- und Naturschutz erzielt. Er hat vor allem das Vertrauen der Menschen in die Umweltpolitik zurück gewonnen, das Sozialdemokraten und Grüne verspielt hatten. Dies ist ein wesentlicher Beitrag, um Umweltpolitik erfolgreich gestalten zu können. Dies will die FDP fortführen!

„Umweltpolitik mit den Menschen“ ist das persönliche Leitbild des Ministers. Nur gemeinsam mit den

Bürgerinnen und Bürgern können die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen in einen angemessenen Ausgleich gebracht werden, denn liberale Umweltpolitik sieht den Menschen und seine Bedürfnisse als Teil der Umwelt. Gemeinsam mit Naturschützern und Naturnutzern, wie Landwirten, Jägern, Anglern und Fischern, kann nach Ansicht der FDP ein nachhaltiger Schutz unserer Lebensgrundlagen gelingen.

Ein Erfolg liberaler Umweltpolitik ist die Modernisierung der Umweltverwaltung und die Beschränkung

des Staates auf seine Kernaufgaben in diesem Bereich. Hierdurch wurde ein erheblicher Bürokratieabbau erreicht. Die Liberalen haben einen zweistufigen, schlanken und effizienten Verwaltungsaufbau herbeigeführt und rund zwei Drittel der niedersächsischen Vorschriften im Umweltsektor abgeschafft. Damit hat der Umwelthaushalt erheblich zur Konsolidierung des Landeshaushalts beigetragen, ohne den tatsächlichen Umweltschutz zu beeinträchtigen.

[weiter auf Seite 3](#)

Die Richtigen für Niedersachsen.



Fortsetzung, *Niedersachsens Wirtschaft auf Erfolgskurs*

Es müssen auch auf Bundesebene Rahmenbedingungen geschaffen werden, die unternehmerische Aktivität fördern. Die Kündigungsschutzregelungen dürfen nicht dazu führen, dass Menschen nicht mehr eingestellt werden. Der Automatismus der steigenden Lohnzusatzkosten bei Konjunkturerbrüchen muss aufgehoben werden. Damit aus Deutschland ein Land der Unternehmer und nicht der Unterlasser wird, soll auch die Existenzgründungs- und Innovationsförderung unvermindert fortgesetzt und die Voraussetzungen für die Bereitstellung von Wagniskapital weiter verbessert werden.

Die FDP und Walter Hirche stehen für eine Wirtschaftspolitik, die durch mehr Innovation, Flexibilität, Mobilität und Internationalität mehr Wachstum und damit auch mehr Beschäftigung schaffen will. Eine Wirtschaftspolitik mit der Wirtschaft und nicht gegen sie. Der weitere Kurs in Niedersachsen ist klar: Niedersachsen an die Spitze bringen mit einer starken FDP.

Wirtschaftspolitik in Niedersachsen: Immer eine Idee voraus

Innovationen schaffen neue Arbeitsplätze. Bei der Förderung von Innovationen setzt die FDP auf Schwerpunktechnologien, die für die niedersächsische Wirtschaftsentwicklung besonders wichtig und Erfolg



Tag der offenen Tür im Landtag

versprechend sind und die im Bereich der Forschungsinfrastruktur bzw. auf Unternehmensseite besonders entwicklungsfähige Potenziale aufweisen.

Gemeinsam mit der auf Betreiben der FDP eingerichteten Stiftung „Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen“ soll Niedersachsen zu einem führenden Innovationsland gemacht werden. Das Stiftungskapital wird in den kommenden Jahren durch die Veräußerung von Landesbeteiligungen weiter aufgestockt.

Mit der Stiftung soll unter anderem die Nachwuchsförderung im technologischen Bereich verbessert und der Technologietransfer zugunsten der kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützt werden.

Mittelstand: Jobmotor in Niedersachsen

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen sind es, die – wie auch das Handwerk – unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen. Dort entstehen die Arbeitsplätze, nicht in den großen Konzernen. 80 % der Innovationsförderung des Landes Niedersachsen geht deshalb an kleine und mittlere Unternehmen. Und im Zeitalter des globalen Wettbewerbs ist es besonders wichtig, Auslands- und Exportorientierung dieser Unternehmen durch Beratung, Training und Beteiligung an internationalen Messen verstärkt zu fördern. Das FDP geführte Wirtschaftsministerium hat deshalb nach der Regierungsübernahme 2003 eine Außenwirtschaftsinitiative gestartet, um die internationale Ausrichtung der niedersächsischen Wirtschaft zu stärken. In China, Russland und Polen wurden Repräsentanzen des Landes eingerichtet, um niedersächsischen Unternehmen den Markteintritt zu erleichtern. Die niedersächsische Wirtschaft gehört zu den Gewinnern der Globalisierung. Gegenüber dem Jahr 2002 legten die Ausfuhren um 38 % zu und spiegeln damit die gewachsene Bedeutung der Internationalisierung wider.

FDP gegen Bürokratie und staatliche Gängelung

Eine Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zeigt: Niedersachsen hat unter allen Bundesländern – gemessen am Personal im öffentlichen Dienst – die niedrigste Bürokratiendichte. 66 % der befragten Unternehmen haben mit der Bürokratie in Niedersachsen kein Problem (mehr). Auch hier sind wir Spitze – Platz 1 in Deutschland! Die Abschaffung

einer ganzen Verwaltungsebene – der Bezirksregierungen – ist vorbildlich in Deutschland.

Insgesamt wurden seit der Regierungsübernahme 65 Gesetze und Verordnungen sowie 1.676 Verwaltungsvorschriften aufgehoben, weil sie nicht mehr gebraucht wurden. Die Gesamtzahl aller Rechtsvorschriften wurde um mehr als ein Drittel reduziert.

Aber auch plastischere Beispiele verdeutlichen den Sinneswandel beim Bürokratieabbau: Beim Imbiss in Bäckereien oder Fleischereien herrscht kein Sitzverbot mehr. Biergärten können ohne extra Genehmigung im Sommer länger öffnen. Und Existenzgründer dürfen die Größe ihrer Sozialräume flexibel gestalten – kleine Schritte, die aber eine große Wirkung entfaltet haben, denn vor allem kleine und mittlere Unternehmen sind am stärksten von den Kosten verursachenden Auflagen betroffen.

Liberaler sorgen für Bewegung in Niedersachsen

Dass Niedersachsen von seiner Lage im Herzen Europas profitiert, erkennen wir an dem immensen Bedarf an Mobilität und auch der entsprechenden Infrastruktur. Zum Ausbau dieser Infrastruktur hat Niedersachsen unter der Federführung des FDP-Ministers Hirche in den letzten Jahren eine Vielzahl von Verkehrsprojekten auf den Weg gebracht: Die Freigabe des Wesertunnels und die Fertigstellung der Autobahn 31 sind dafür zwei gute Beispiele. Aber auch der Radwegebau wurde durch den Verzicht auf Schaffung von Ausgleichsflächen erleichtert und gemeinsam mit der Deutschen Bahn konnte ein Projekt aufgelegt werden, durch das 100 Millionen Euro zur Modernisierung von 188 Bahnhöfen in Niedersachsen zur Verfügung stehen. Vorrangiges Ziel der FDP für die nächsten Jahre ist darüber hinaus der weitere Ausbau der see- und der landseitigen Verkehrsverbindungen der niedersächsischen Häfen sowie ihrer Infrastruktur. Dazu gehören insbesondere der doppelspurige Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke zum Jade-Weser-Port inklusive der Strecke Oldenburg-Osnabrück. Das größte Infrastrukturvorhaben in Niedersachsen ist und bleibt aber der Jade-Weser-Port. Bis zum Jahr 2010 entsteht für rund eine Milliarde Euro der neue Container-Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven. Mit ihm wird das Tor Niedersachsens zu den weltweiten Han-



Zur Person Hirche

Walter Hirche ist seit dem 4. März 2003 Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Niedersachsen.

Er wurde am 13. Februar 1941 in Leipzig geboren, ist seit 1972 verheiratet und hat zwei Söhne. Er studierte in Heidelberg und Grenoble Geschichte, Französisch und Politikwissenschaften und ist Assessor des Lehramts.

Darüber hinaus kann er bereits auf eine erfolgreiche über 30-jährige politische Karriere zurück blicken. So war er bereits von 1974 bis 1978 und von 1982 bis 1990 Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages und gleichzeitig von 1986 bis 1990 Niedersächsischer Wirtschaftsminister. Von 1990 bis 1994 arbeitete Hirche als Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg. Von 1994 bis 2002 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und dort unter anderem als energiepolitischer Sprecher und als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit tätig.

Von 1994 bis 2006 war Hirche Landesvorsitzender der niedersächsischen FDP und ist seit November 2002 Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission.

delsströmen weiter geöffnet. Hier stehen Macher gegen Miesmacher. Die Küste zur zweiten Wirtschaftsachse des Landes auszubauen, ist erklärtes Ziel der FDP und eine der wirtschaftspolitischen Leitideen von Walter Hirche.

Dr. Philipp Rösler – der Spitzenkandidat der FDP im Interview



Warum sollte man in Niedersachsen mit der Zweitstimme FDP wählen?

Zunächst einmal: es gibt derzeit einen allgemeinen Linksruck in Deutschland. Die FDP ist die

einzigste Partei, die in der Mitte bleibt. Wir kümmern uns um die verlorene und vergessene gesellschaftliche Mitte, die in der Diskussion kaum noch vorkommt.

Außerdem ist es in den vergangenen fünf Jahren immer die FDP gewesen, die darauf geachtet hat, dass die CDU die Freiheit nicht vor lauter Sicherheitsdenken aus den Augen verliert.

Welche Bilanz ziehen Sie aus fünf Jahren Regierungsarbeit?

Mit Niedersachsen geht es aufwärts. Wir haben den Haushalt konsolidiert, die Wirtschaft auf Trab gebracht. Wir haben erheblich in Bildung und Innovation investiert. Dort, wo Schwarz-

Gelb regiert, kann man sehen, dass es sich um ein Erfolgskonzept handelt.

Dabei kommt es auch darauf an, den Stimmenanteil für das bürgerliche Lager insgesamt zu vergrößern und eben auch Stimmen etwa von SPD und Grünen zu holen. Es soll nicht mehr an allen Ecken und Enden nur umverteilt werden, sondern alle müssen endlich vom Aufschwung profitieren. Denn betrachtet man die Entscheidungen der letzten Zeit – Stichworte sind Mehrwertsteuererhöhung oder die Streichungen der Pendlerpauschale und Eigenheimzulage – so sind das immer Entscheidungen zu Lasten der gesellschaftlichen Mitte gewesen. Ziel ist es, dass alle wieder mehr von ihrem Geld behalten können.

Was sind die Schwerpunkte für die nächsten Jahre?

Wir wollen weiter daran arbeiten, dass Niedersachsen im Vergleich der Länder und auch im internationalen Vergleich noch weiter nach oben klettert. Das geht nur, wenn wir weiter in unser Bildungssystem investieren, die Stärken und Talente unserer Kinder und Enkelkinder entsprechend fördern, Innovationen fördern und bürokratische Schranken weiter abbauen.

Wo sehen Sie die Liberalen bei der Wahl?

Wir wollen die Regierungskoalition gemeinsam mit der CDU fortsetzen. Dafür haben wir in den vergangenen Jahren die Weichen gestellt und haben in der Summe einiges vorzuweisen. Deshalb gilt: Zweitstimme FDP.

Niedersachsen macht Schule

Die FDP will, dass alle Schülerinnen und Schüler gleiche Chancen auf eine gute Bildung haben. Eine Voraussetzung dafür ist, dass der Unterricht stattfindet und nicht ausfällt – die FDP will eine volle Unterrichtsversorgung sicherstellen. Seit der Beteiligung der FDP an der Landesregierung sind über 2.500 zusätzliche neue Lehrer eingestellt worden. Mit etwa 81.000 Lehrern gibt es jetzt die beste Lehrerversorgung seit langem. Trotzdem gibt es vor allem durch Erkrankung von Lehrkräften noch zu viel Unterrichtsausfall. Mit der FDP-Forderung nach einer Aufstockung der Reservekräfte soll dem entgegengewirkt werden.

Info

Zum laufenden Schuljahr hat Niedersachsen das Projekt Eigenverantwortliche Schule eingeführt. Mit einer größeren Eigenständigkeit der Schulen und mehr Wettbewerb zwischen den Schulen wird eine Verbesserung der Schulqualität erreicht.

Die FDP will, dass die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Begabungen und Leistungen individuell gefördert werden. Die FDP setzt deshalb auf ein begabungsgerechtes, gegliedertes Schulwesen.


Damit die Schülerinnen und Schüler möglichst individuell gefördert werden können, soll in den Grundschulen in kleineren Klassen unterrichtet werden. Die FDP sorgt für die Erhaltung des Grundschulangebotes möglichst nah am eigenen Wohnort: kurze Wege für kurze Beine.

In den letzten Jahren wurden auf Initiative der FDP die Hauptschulen gestärkt. Dabei wurde der praktische Anteil im Unterricht erhöht, damit die Abgänger bessere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben. Außerdem wurden kleinere Klassen eingerichtet und zur weiteren Verbesserung der Betreuung Sozialarbeiterstellen an den Hauptschulen geschaffen. Dieses Programm wird die FDP fortführen und ausbauen.

Wechsel der Schulform muss jederzeit möglich sein

Um den Schülerinnen und Schülern gleiche Chancen auf eine gute Bildung zu gewähren, ist es wichtig, dass der Wechsel in eine andere Schulform jederzeit möglich ist. Gerade der Realschule kommt bei der Gewährung der Durchlässigkeit eine wichtige Rolle zu. Mit der Einführung des Zentralabiturs, der Verkürzung auf ein achtjähriges Gymnasium und der Reform der Oberstufe hat das Gymnasium in den letzten Jahren

die größten Veränderungen erfahren. Damit will die FDP die Abiturientinnen und Abiturienten fit für die Uni machen. Dennoch bedeutet das verkürzte Gymnasium eine hohe Belastung für die Schülerinnen und Schüler, eine Überprüfung der Lehrpläne muss daher nach Willen der FDP in der nächsten Legislaturperiode durchgeführt werden. Außerdem macht die Einfüh-



Für eine Bildung ohne Lücken.

Dr. Philipp Rösler FDP
Der Richtige für Niedersachsen.

rung der Eigenverantwortlichen Schule eine größere Flexibilisierung der Oberstufe notwendig.

Auch bei zurückgehenden Schülerzahlen werden die Liberalen eine flächendeckende Schulversorgung garantieren. Schulen sollen dabei künftig auf organisatorischer Ebene zusammenarbeiten oder mit anderen Schulen kooperieren. Die FDP sieht Schulen in freier Trägerschaft als Bereicherung des öffentlichen Bildungssystems. Mittelfristig wollen die Liberalen die Förderung der Freien Schulen auf eine gleiche Stufe mit den staatlichen Schulen stellen.

Nach den Vorstellungen der FDP werden neben Förderschulen erfolgreiche Angebote wie Integrationsklassen und mobile Dienste ausgebaut werden. Die FDP sorgt für eine verstärkte Kooperation zwischen Förderschulen und weiterführenden Schulen. Eine gute Berufsausbildung ist die Grundlage für ein erfolgreiches und selbstständiges Leben. Jeder muss die Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Die FDP unterstützt Betriebe dabei, neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Modularisierung der Berufsausbildung, betriebliche Ausbildungsverbände und die finanzielle Entlastung ausbildender Betriebe sollen dabei helfen, dass jeder Ausbildungswillige einen Ausbildungsplatz findet.

Hochschulen brauchen mehr Wettbewerb

Die FDP setzt sich für mehr Wettbewerb unter den Hochschulen ein. Die ersten Schritte zur Wettbewerbsförderung zwischen den Hochschulen sind getan: Auf Initiative der FDP hat Niedersachsen als erstes Bundesland die Verteilung der Studienbewerber in Numerus-clausus-Fächern durch die ZVS weitestgehend abgeschafft. Den Hochschulen steht es seitdem frei, die Zulassung von Studierwilligen nach hochschuleigenen, fächerspezifischen Auswahlverfahren zu regeln. Um sich im Wettbewerb profilieren zu können, müssen die Hochschulen von obrigkeitstaatlichen und bürokratischen Fesseln befreit werden. Deshalb will die FDP den Hochschulen mehr Freiheit bei der inneren Organisation einräumen, die Aufsicht des Landes auf die Rechtsaufsicht beschränken und den Hochschulen das uneingeschränkte Berufsrecht für Professorinnen und Professoren geben.

Wettbewerb bedeutet Anstrengung und Herausforderung. Von dieser zusätzlichen Anstrengung profitieren alle.

Neben der Förderung der Eigenständigkeit der Hochschulen, kann auch ein Nebeneinander von staatlichen und privaten Bildungsanbietern den Wettbewerb zwischen den Hochschulen anschieben. Für private Hochschulen sollen deshalb überzogene gesetzliche Hürden abgeschafft werden. Mit der Einführung der Studienbeiträge im Wintersemester 2007/08, die den Hochschulen in voller Höhe zukommen, konnten die Studienbedingungen bereits spürbar verbessert werden. Die derzeitige Form der einheitlichen Studienbeiträge für alle Hochschulen erzeugt jedoch noch keinerlei Anreiz für einen Wettbewerb untereinander. Die

FDP will, dass jede Hochschule frei und unterschiedlich nach Fächern über die Höhe der Studienbeiträge entscheiden kann. Erst dann entsteht ein tatsächlicher Wettbewerb zwischen den Hochschulen, der zu einer Verbesserung der Qualität der Lehre führt. Dabei muss die staatliche Grundfinanzierung der Hochschulen weiter ungeschmälert erhalten bleiben.

Angemessene Rahmenbedingungen erlauben Lehre durch die Besten für die Besten

Die FDP will, dass die Hochschulen sich künftig stärker mit einer teilzeit- und familiengerechten Studienorganisation auf die Lebenssituation möglichst aller Studierenden einstellen. Auch eine aktivierende Studienberatung und eine optimierte Lehre tragen



dazu bei, die Zahl der Abbrecher und Fachwechsler zu verringern. Die Hochschulen müssen es als eigene Aufgabe begreifen, die Chancen ihrer Absolventen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Als Rückgrat guter

hochschulischer Bildung sehen die Liberalen die Qualität der Hochschullehrer. Um die Besten unter ihnen zu gewinnen und zu halten, müssen angemessene Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies sieht die FDP als gemeinsame Aufgabe von Land und Hochschulen. So sollen die Hochschulen beispielsweise die Arbeitsverträge und Gehälter frei mit den Professoren aushandeln können. Außerdem muss das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre an den Universitäten beibehalten werden.

Engere Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft

Des Weiteren setzt sich die FDP dafür ein, dass eine enge Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen von der Ausnahme zur Regel wird. Ein Studium soll in optimaler Weise auf die angestrebte hoch qualifizierte Berufstätigkeit vorbereiten. Das erwarten schließlich nicht nur öffentliche und private Arbeitgeber, sondern auch die Studierenden selber. Deshalb ist die enge Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Lehre für alle Beteiligten von hohem Nutzen. Dazu gehört auch, dass Hindernisse beim beruflichen Wechsel zwischen der Hochschule und Wirtschaft abgebaut werden und dass auch bessere Rahmenbedingungen für die Einwerbung und Verwendung von Drittmitteln sowie für langfristige Kooperationen geschaffen werden. So sollen Hochschulen und Wirtschaft in Zukunft auch neue Stipendienmodelle zur Verfügung stellen, die allen klugen Köpfen den Weg zum Studium ermöglicht.

Für mehr Niedersachsen in Europa

Die FDP will mehr niedersächsische Interessen in Brüssel durchsetzen und wirbt für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung

Um mehr Akzeptanz in der Bevölkerung für europäische Politik zu schaffen, setzt die FDP auf noch mehr Mitgestaltung und noch mehr Aufklärung durch die Landesregierung. Eine wesentliche Rolle kommt dabei auch weiterhin der Öffentlichkeitsarbeit durch das Europäische Informationszentrum zu. So wurde, trotz aller Sparzwänge, in den vergangenen Jahren die Finanzierung des EIZ nachhaltig gesichert und es wurden neue zielgruppenspezifische Angebote für Kinder und Jugendliche eingeführt.

Auch im Bereich der Hochschulen wollen die Liberalen Zeichen setzen. So sollen die niedersächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen für eine Beteiligung am 7. Forschungsprogramm der EU frühzeitig positioniert werden. Außerdem will die FDP bei Schülern, Studenten, Auszubildenden und Erwachsenen künftig noch stärker für die europäischen Austauschprogramme werben. Die einfache, unbürokratische Teilnahme an den Programmen soll allen möglich sein.

Auch die Rolle Niedersachsens als Transitland in der Mitte Europas soll gestärkt werden. Die Verkehrsinfrastruktur im Rahmen der transeuropäischen Netze soll ausgebaut werden. Neue Prioritäten bei der Anbindung und Entwicklung der niedersächsischen Seehäfen sind ebenso erforderlich wie die Einbeziehung der maritimen Wirtschaft im Rahmen der EU-Meerespolitik.

Rechtspolitik mit dem richtigen Augenmaß

Die FDP hat sich auch für die kommende Legislaturperiode die Stärkung und Verteidigung des Rechtsstaates auf die Fahnen geschrieben. Die Liberalen wollen eine starke, unabhängige, moderne und bürgernahe Justiz.

Denn die Gewährung effektiven Rechtsschutzes durch eine funktionsfähige Justiz garantiert den Rechtsstaat und ist entscheidende Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in einer Gesellschaft. Die FDP setzt sich insbesondere dafür ein, dass die Justiz auf ihre Kernaufgaben – Streitentscheidung, Strafverfolgung und Strafvollzug – konzentriert wird. Zudem soll die Justiz personell besser ausgestattet werden, um sicherzustellen, dass sie die ihr übertragenen Aufgaben auch mittel- und langfristig sachgerecht erfüllen kann, ohne etwa wegen der Komplexität bestimmter Verfahren zu so genannten Deals greifen zu müssen. Schließlich will die FDP, dass die Justiz in der Fläche präsent bleibt, denn gerade die Amtsgerichte leisten einen wertvollen Beitrag zur Streitbeilegung und Sicherheit vor Ort. Im Bereich des Justizvollzuges will die FDP die hohen Standards bei Resozialisierung und der Sicherheit erhalten und weiterentwickeln.

Die Liberalen wenden sich entschieden gegen die in den letzten Jahren und Monaten zu beobachtenden Versuche, die Ängste der Menschen insbesondere vor dem Terrorismus weiter zu schüren und dies dann zum Anlass für schärfere Gesetze zu nehmen, die mit unnötigen und unverhältnismäßigen Einschnitten in die bürgerlichen Freiheiten verbunden sind. Den Weg vom Rechtsstaat hin zum so genannten Präventionsstaat wollen die Freidemokraten versperren. Für die Liberalen müssen alle Maßnahmen staatlichen Handelns zur Gewährleistung der inneren Sicherheit zielgenau, effektiv und insbesondere im Hinblick auf die Beeinträchtigung von Grundrechten verhältnismäßig sein. Der präventiven Telefonüberwachung und der Online-Durchsuchung erteilen sie vor diesem Hintergrund eine klare Absage.

Im Bereich der Prävention wollen die Liberalen auch

künftig insbesondere die Arbeit der örtlichen Präventionsräte fördern, die durch die Vernetzung aller Akteure vor Ort die Sicherheit erhöhen. Im Übrigen gilt, dass zunächst die bestehenden Vollzugsdefizite, auch durch einen verstärkten Personaleinsatz insbesondere auf Seiten der Justiz, abgebaut werden und die bestehenden Regelungen konsequent angewandt werden müssen, bevor nach neuen Befugnissen gerufen wird. Versuchen, unabhängige Kontrollen von Strafverfolgungsmaßnahmen durch Staatsanwälte und Richter, die eine grundrechtssichernde Funktion haben, zurückzudrängen – etwa bei der sog. DNA-Analyse – wollen die Liberalen sich auch künftig entgegenstellen.

Die niedersächsische FDP setzt einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität. Ihre Entwicklung weist, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Anzahl von Gewalt- und Körperverletzungsdelikten, eine besorgniserregende Tendenz auf. Es soll ein Netzwerk gebildet werden, dass zur Verbesserung der Situation von Kindern und

Jugendlichen durch die Optimierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungschancen beiträgt. Ferner muss sichergestellt werden, dass zwischen Tat und jugendrichterlicher Sanktion ein möglichst kurzer Zeitraum liegt, denn nur dann kann die notwendige erzieherische Wirkung erreicht werden.

Künftig muss es möglich werden, dass die Jugendgerichte neben einer Bewährungsstrafe auch einen sog. Warnschussarrest verhängen können, damit die Verhängung einer Jugendstrafe von den Verurteilten auch wirklich ernst genommen und nicht als Freispruch zweiter Klasse verstanden wird.

Die FDP setzt sich für eine Stärkung der Position der Opfer von Straftaten ein. Dies soll durch eine konsequente Anwendung der Opferrechte, wie sie in der Strafprozessordnung enthalten sind, die Einrichtung von Beauftragten für Opferschutz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und die Stärkung der landesweiten Stiftung Opferhilfe Niedersachsen erfolgen.



Mit uns kommt der Aufschwung. Auch an.

Zweitstimme FDP.

Dr. Philipp Rösler. Der Richtige für Niedersachsen.



Niedersachsen fit für die Zukunft machen

Mit der bereits erfolgten Reduzierung der staatlichen Aufgaben, unter anderem durch den Abbau zahlreicher Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens, die Einführung der Vertrauensaufsicht und die neuen Formen der Zusammenarbeit sind in den vergangenen fünf Jahren die Grundlagen für eine zukunftsfähige und leistungsstarke Verwaltung geschaffen worden. Dieser Weg soll konsequent fortgeführt werden.

Die FDP will sich im Landtag auch weiterhin für einen schlanken Staat einsetzen: Die Zahl landesrechtlicher Vorschriften soll weiter reduziert werden, die Folgekosten neuer Regelungen – insbesondere für die Wirtschaft – sollen transparent gemacht werden. In geeigneten Fällen sollen Gesetze auch mit Verfallsdatum versehen werden.

Der Staat soll zudem nur die Aufgaben wahrnehmen, die nicht von Privaten geleistet werden können. So sollen insbesondere die bisherigen Landeseinrichtungen IZN (IT-Verwaltung) und das staatliche Bau- und Facilitymanagement mit dem Ziel der Privatisierung auf den Prüfstand. Kommunen und das Land sollen sich nur dann wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn dies zwingend notwendig ist.

Durch den verstärkten Einsatz sog. öffentlich-privater Partnerschaften, soll das Verwaltungshandeln effizienter und moderner werden. Durch sie können durch die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft öffentliche Infrastrukturprojekte effizienter, schneller und kostengünstiger realisiert werden als bisher.

Subsidiaritätsprinzip. was ist das?

Im Verhältnis zu den Kommunen setzen die Liberalen auf eine weitere konsequente Anwendung und Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Das heißt: nur wenn Aufgaben durch die Kommunen nicht mehr sinnvoll wahrgenommen werden können, dürfen sie übergeordneten Instanzen übertragen werden. Gemeinde, Städte und Landkreise sollen unabhängig von ihren Gebietsgrenzen bestimmte Aufgaben mit anderen Gebietskörperschaften wahrnehmen können. Dazu sollen flexible, aufgabenbezogene und überregionale Kooperationen ermöglicht und unterstützt werden. Eine zwangsweise Kreis- und Gebietsreform lehnen die Liberalen ausdrücklich ab.

Raus aus den Schulden



Auch in der nächsten Legislaturperiode muss weiter gespart werden. Für die FDP ist das schlicht und einfach eine Frage der Generationengerechtigkeit: Was wir heute zuviel ausgeben, müssen unsere Kinder mit Zins und Zinseszins bezahlen. Diese Entwicklung haben die Liberalen gestoppt. Die Nettoneuverschuldung Niedersachsens wurde von 3 Mrd. Euro jährlich auf 550 Mio. Euro im Jahr 2008 reduziert.

Die FDP wird diesen Kurs auch nach der Wahl fortsetzen. Dieses sind wir – gerade in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs – den folgenden Generationen schuldig. Schon in der nächsten Legislaturperiode wird mit der FDP der echte Schuldenabbau des Landes beginnen. Nur mit ausgeglichenen Haushalten gewinnt die Politik Spielräume für Steuer- und Abgabenteilung.

Darüber hinaus setzt sich die FDP auf Landes- wie auf Bundesebene für eine Verschärfung der verfassungsrechtlichen Grenzen zur Schuldenaufnahme ein. Nur so können wir die bisherigen Erfolge beim Schuldenabbau in Niedersachsen sichern und ein erneutes Wachsen der Schuldenberge verhindern.

„Subventionen nur als Anschubfinanzierung“ Subventionen zur Standortentwicklung sind für die FDP immer nur Anschubfinanzierung. Regelmäßige zweijährliche Überprüfungen der Fördertatbestände durch den Landtag sind ebenso unerlässlich wie eine Vergabe ausschließlich nach eindeutig nachvollziehbaren Zielvorgaben, da es sich nach wie vor bei Subventionen um wettbewerbsverzerrende Einflüsse handelt.

Die FDP kämpft für eine Reform der föderalen Finanzbeziehungen. Sie setzt hier auf den kooperativen Wettbewerbsföderalismus. So sollen in Zukunft etwa die Länder die Höhe der Erbschaftssteuer selbst festlegen können. Ziel ist es, wieder zu einer klaren Verantwortlichkeit auf der Einnahmen- und der Ausgabe-seite zu kommen. Außerdem sollen die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich und eigenständig für ihren Haushalt zu sorgen. Das soll durch die Erschließung eigener Steuerquellen gewährleistet werden, etwa durch Hebesatzrechte auf die zuvor abgesenkte Einkommen- und Körperschaftssteuer und durch die Abschaffung der Gewerbesteuer. Die Bürger vor Ort müssen erkennen, welche Steuern sie an die Kommunen zahlen und wo diese Verwendung finden.

Liberales Grundprinzip: Der Starke hilft dem Schwachen

Arbeitsplätze sind die beste soziale Leistung

Ziel liberaler Sozialpolitik ist es, allen Bürgern ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Nachhaltige soziale Sicherheit gibt es aus Sicht der FDP aber nur, wenn auch jeder mehr Verantwortung für sich und andere übernimmt. Solidarität und Nächstenliebe lassen sich nicht staatlich verordnen. Für die Liberalen hat individuelle und gemeinschaftliche Selbsthilfe Vorrang vor staatlich organisierter Versorgung. Dabei gehört für die Liberalen zu einer guten Sozialpolitik auch immer eine gesunde Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft. Denn langjährige Arbeitslosigkeit führt nicht nur zu materieller Armut, sondern auch zu Einbußen an Selbstbewusstsein, Gesundheit und Lebendigkeit.

Darüber hinaus setzt liberale Politik auf Vielfalt und stellt sich gegen Diskriminierungen jeder Art. Die Teilhabechancen für alle Menschen müssen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung verbessert werden. Aufgabe der Politik soll nach Vorstellung der FDP sein, gleiche Rechte zu sichern, Nachteile auszugleichen und Chancen zu eröffnen.

Den Herausforderungen des demografischen Wandels muss mit der Fortführung bestehender Konzepte wie der „Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag“ (LINGA) und neuen Ideen wie dem

Ausbau der Demografieberatung für Kommunen begegnet werden. Hier setzt sich die FDP auch für die Sicherstellung einer hochwertigen ärztlichen Versorgung in dünner besiedelten ländlichen Gebieten ein.

Mit dem schrittweisen Umstieg vom Umlagesystem bei Altersvorsorge und Pflege hin zur individuellen Vorsorge will die FDP auf Bundesebene die finanzielle Last gerechter unter den Generationen verteilen.

Angebote, die den Einzelnen in die Lage versetzen, sich möglichst aus eigener Kraft aus seiner Notlage zu befreien. Lebensumstände wie drohende Gewalt, Obdachlosigkeit oder Drogenabhängigkeit erfordern dabei aber auch staatliche Unterstützung. So haben sich die Liberalen etwa für das Heroin-Projekt für Schwerstabhängige stark gemacht und mit zur Entwicklung spezifischer Handlungskonzepte gegen Frauenhandel und Zwangsheirat beigetragen sowie den Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt ausgebaut. Derartige Projekte sollen auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Auch die Betreuung Schwerstkranker und der würdevolle Umgang mit dem Tod spielen eine wichtige Rolle. Für die neue Legislatur haben sich die Liberalen die flächendeckende Einrichtung regionaler Palliativstützpunkte und den Ausbau von Qualifizierung und Aufklärung vorgenommen. Auf Bundesebene will man sich für klare Voraussetzungen für rechtsverbindliche Patientenverfügungen einsetzen. Die Liberalen setzen dabei auf Selbstbestimmung auch am Lebensende. Die FDP ist gegen das Verbot der Beratung zum assistierten Suizid eingetreten, ohne eine aktive Sterbehilfe zu fördern.

Heimat ist da, wo man zuhause ist, nicht wo man geboren wurde.



Dr. Philipp Rösler **FDP**
Der Richtige für Niedersachsen. Niedersachsen

Durch Entbürokratisierung sollen Abläufe vereinfacht und durchschaubarer gemacht werden. Das gilt insbesondere für den Pflegebereich, in dem Dokumentationspflichten und Bürokratie die gute und menschenwürdige Pflege behindern. Die Liberalen wollen in der kommenden Legislaturperiode ein Landesheimgesetz verabschieden, das bürokratische Verfahrensregeln reduziert ohne Qualitätsstandards abzusenken. Zudem will man eine verbesserte Zusammenarbeit der Prüfbehörden realisieren.

Menschen in Not helfen

Menschen, die in Notsituationen geraten, die sie ohne Unterstützung nicht bewältigen können, brauchen gezielte Hilfe. Liberale Sozialpolitik setzt dabei auf

Richtige Politik für das Agrarland Nr. 1

Die FDP will die ländlichen Regionen auch in der kommenden Legislaturperiode weiter stärken. Dazu sollen mehr Planungs- und Entscheidungskompetenzen an die Städte und Gemeinden gegeben werden. Die FDP will sich weiter für eine Verbesserung der Infrastruktur, etwa beim Straßenbau, einsetzen. Durch die Förderung kreativer Konzepte, will die FDP auf dem Land mehr bieten, als nur eine Grundversorgung. Das beinhaltet beispielsweise die Schule und den Arzt in der Nähe des eigenen Wohnortes, Einkaufsmöglichkeiten und auch ein kulturelles Angebot.

Eine Schlüsselstellung für eine solche Entwicklung kommt dabei einer für den Wettbewerb gerüsteten, starken Landwirtschaft zu. Sie muss sich nach der Agrarreform der Europäischen Union auf sinkende Subventionszahlungen, weniger Außenhandelschutz und den Abbau der Marktordnungen einstellen. So stand

in der vergangenen Legislatur immer der wirtschaftende, auf Zukunft ausgerichtete landwirtschaftliche Betrieb im Mittelpunkt liberaler Politik. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Entscheidendes Ziel der FDP ist und bleibt, die heimische Landwirtschaft auf den Wettbewerb vorzubereiten. Wenn das nicht geschieht, droht eine Abwanderung der landwirtschaftlichen Produktion in Drittländer, mit den unerwünschten Folgen für Qualität und Lebensmittelsicherheit, aber auch für Tier- und Umweltschutz. So werden sich die Liberalen unter anderem für die Abschaffung des Milchquotensystems bis zum Jahr 2015, weiterhin die 1:1-Umsetzung von EU-Richtlinien, Vereinfachungen bei den Dokumentationspflichten und Genehmigungsverfahren für Landwirte und anderen bürokratischen Erschwernissen, wie etwa der Erntehelferregelung, und die einheitliche Besteuerung von Biodiesel innerhalb der EU stark machen.

Zudem sehen die Liberalen in der Nutzung der grünen Gentechnik ein Zukunftsfeld. Sie ist eine Chance nicht nur für die Landwirtschaft und es wäre ein schwerer Fehler, dieser Technologie aus ideologischen Gründen unnötig Steine in den Weg zu legen.

Für mehr Lebensmittelsicherheit

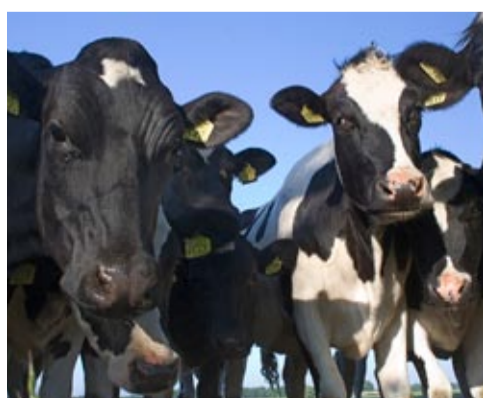
Die Lebensmittelskandale um vergammeltes Fleisch, das in den Verkauf gelangt ist, haben das Vertrauen vieler Konsumenten in heimische Produkte erschüt-



tert. Die FDP baut auf mehr Aufklärung der Konsumenten, mehr Befugnisse der Kontrolleure und schärfere Strafen für kriminelle Machenschaften der Produzenten. Gleichzeitig warnt die FDP davor, die Verbraucher in absoluter Sicherheit wiegen zu wollen, denn eine 100%ige Sicherheit kann es nicht geben.

Darüber hinaus will die FDP etwa über Verbesserungen in der Kennzeichnung von Lebensmitteln, insbesondere bei Tiefkühlware, und unangemeldete

und schärfere Kontrollen kriminelle Machenschaften eher aufdecken. Die FDP fordert auch, abgelaufene Ware sofort einzufärben. So wird die mögliche Weiterverarbeitung ausgeschlossen.



Kinderlärm ist Zukunftsmusik

Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Und starke Familien ein Eckpfeiler der Gesellschaft. Für beide wurde in den letzten 5 Jahren viel erreicht. Aber viele Wünsche sind noch offen geblieben.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll nach Ansicht der FDP insbesondere durch eine weitere Stärkung der Infrastrukturen erleichtert werden. Ein differenziertes, flexibles und verlässliches Angebot an Kinderbetreuung in Niedersachsen muss sich an den Bedürfnissen der Familien orientieren. Dafür sollen der Ausbau und die Vernetzung von Tagespflegeangeboten und die Qualifizierung von Tagespflegepersonen fortgeführt werden. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist das von den Fraktionen von FDP und CDU beschlossene Programm „Familien mit Zukunft“. Durch dieses Programm werden bis zum Jahr 2010 insgesamt 100 Millionen Euro in die Betreuung von Kindern unter drei Jahren und in die frühkindliche Bildung investiert.

Für mehr und bessere Kinderbetreuungsangebote müssen die Einrichtung von Betriebskindergärten, überbetrieblichen Kooperationen zur Kinderbetreuung und von Betreuungsangeboten privater Dienstleister erleichtert werden, indem bürokratische Hürden abgesenkt und alle Anbieter bei der Investitionsförderung die gleichen Chancen erhalten. Die seit Sommer 2007 durch das Land gewährte Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres, die engere Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen und der

Orientierungsplan für die Bildungsarbeit im frühkindlichen Bereich haben die Qualität der frühkindlichen Bildung in Niedersachsen deutlich verbessert. Diesen Weg wollen die Liberalen fortsetzen. So sollen das Betreuungsangebot für unter Dreijährige ausgeweitet und die Qualität der vorschulischen Bildung durch die Entwicklung von überprüfbaren Bildungsstandards gesichert werden. Die vorschulischen Sprachtests sollen auf das vierte Lebensjahr vorgezogen werden, um rechtzeitig auf sprachliche Defizite reagieren zu können. Auch die Ausbildung des Personals - insbesondere im Hinblick auf die unter Dreijährigen - muss weiter verbessert werden.

Zentrale Forderung zur weiteren Verbesserung der Kinderbetreuung ist für die niedersächsischen Liberalen die Einführung von Betreuungs- und Bildungsgutscheinen, die

an die Eltern ausgegeben werden. Dann können Eltern das für ihren persönlichen Anspruch am besten geeignete Betreuungsangebot – Kindereinrichtung oder Tagesmütter – frei auswählen. Der Staat zahlt

für jedes Kind die festgelegte Pauschale an den Anbieter. Nur so entsteht wirkliche Wahlfreiheit zwischen den Einrichtungen. Zur Finanzierung sollen die Mittel, die das Land bisher für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellt, genutzt werden. Die geplanten Mittel für das Krippenausbauprogramm des Bundes sollen integriert werden. Zusätzlich sollen mittelfristig 300 Millionen Euro bereitgestellt werden. Bildungs- und Betreuungsgutscheine, die nicht für Kinderbetreuungsangebote genutzt werden, sollen auch für sonstige anerkannte altersgerechte Bildungsangebote eingesetzt werden können.

Schließlich will die FDP den besonders förderungs- und schutzbedürftigen Kindern stärker helfen. In allen Regionen Niedersachsens sollen Kinderschutzzentren eingerichtet werden. Die Erziehungskompetenz der Eltern wird durch den Ausbau von Angeboten zur Elternbildung erhöht. Hinzu kommen der flächendeckende Einsatz von Familienhebammen und die Erprobung einer ehrenamtlichen Elternhilfe durch speziell ausgebildete Paten zur Unterstützung junger Eltern. Auch müssen die Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche weiterentwickelt und dabei Schulen, Betreuungseinrichtungen, kommunale Jugendhilfe, Sportvereine und Jugendbildungsstätten einbezogen werden.

Die richtige Familienpolitik lässt Papa auch mal Mama sein.



Die Richtigen für Niedersachsen.



Bürger nicht unter Generalverdacht stellen

Ein Kommentar von Dr. Stefan Birkner, Generalsekretär der FDP Niedersachsen

Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus führt dazu, dass es immer weitergehende Vorschläge gibt, wie man den Gefahren begegnen kann: Der Polizei sollen immer mehr Befugnisse eröffnet werden, mit denen Gefährder möglichst früh erkannt werden sollen. Die Bundeswehr soll im Inneren eingesetzt und die Grenzen zwischen Verfassungsschutz und Polizei sollen weiter verwischt werden. Diese Forderungen sind stets geleitet von der drohenden Gefahr, die angesichts ihres befürchteten Ausmaßes als so bedrohlich angesehen wird, dass beinahe jedes Mittel recht ist, um ihr zu begegnen. Eine solche vereinfachende Betrachtung lehnt die FDP aber ab. Denn durch die Ausweitung der staatlichen Befugnisse werden andere schützenswerte Güter betroffen, nämlich die Grundrechte der Menschen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ausmachen. Wer dies außer Acht lässt, riskiert, dass sich unser demokratischer Rechtsstaat, der den Rahmen für Wohlstand und Sicherheit bietet, zu einem Präventionsstaat entwickelt, in dem die Bürgerinnen und Bürger möglichst weitgehend staatlich überwacht werden.

Damit hätten die Terroristen eines ihrer Ziele erreicht, nämlich die freiheitlich-demokratischen Strukturen zu

schwächen. Aus Sicht der FDP darf die Antwort auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nicht



Dr. Stefan Birkner

leichtfertig vereinfachend sein. In jedem Einzelfall ist zu prüfen, ob neue staatliche Befugnisse wirklich notwendig sind, um der Gefahr zu begegnen und ob dies einen Eingriff in die Grundrechte wirklich rechtfertigt. Dabei gilt für die FDP: Im Zweifel für die Freiheit!

Kulturland Niedersachsen

Für die FDP sind Kunst und Kultur von zentraler Bedeutung für das Land und die Bürger. Sie sind Grundlage für eine freie und tolerante Gesellschaft. So bilden sie einen Gegenpol zu Extremismus oder Gleichgültigkeit und Gleichförmigkeit. Niedersachsens reiche Kulturlandschaft ist die Grundvoraussetzung für unsere kulturelle Identität. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur stärkt demokratische Wertvorstellungen.

Zudem ist sie wichtiges Element umfassender Bildung für Menschen jeden Alters. Sie stiftet Identifikation und stärkt damit die Verantwortung für die Region. Die FDP garantiert eine freie und unzensurierte Entwicklung der Kunst in Niedersachsen. Im Mittelpunkt der Kulturpolitik steht der Erhalt der kulturellen Vielfalt. Genauso wichtig ist jedoch die Schaffung von Rahmenbedingungen für neue Entwicklungen. Niedersachsen hat ein breites Spektrum öffentlicher und privater Angebote. Dieses soll als lebendiger Kulturraum für alle begreifbar und erfahrbar gemacht werden. Die FDP sorgt für eine verlässliche Finanzierung von Kultur durch das Land. So wird das Engagement kommunaler und privater Kulturträger erhalten und gefördert. Mit der FDP wird es keine Kürzungen im Kulturbereich geben. Öffentliche Zuschüsse müssen über mehrere Jahre hinaus verlässlich sein. Das Einwerben privater Gelder darf nicht zu einer Kürzung öffentlicher Mittel führen. Niedersachsen hat eine historisch gewachsene und

vielfältige Theaterlandschaft. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, dass Staatstheater, kommunale Theater, Landesbühnen und Freie Theater erhalten bleiben. Sie will das Angebot auch auf dem Land sicherstellen. Die Liberalen stehen zur finanziellen Unterstützung der öffentlichen Museen. Zudem wird die Stärkung nicht-staatlicher Museen fortgesetzt. Alle Museen sollen mit einem gemeinsamen Internetportal Neugier auf Kultur wecken. Die Freien Demokraten werden die Bibliotheken auf dem Land erhalten und ausbauen und werden Schulen mit Bibliotheken und anderen kulturellen Einrichtungen stärker vernetzen. Zunehmend prägen auch Filme, Musik und Computer unsere Kultur. Die FDP wird weiterhin Vorreiter zur Sicherung und Pflege dieser modernen Kulturformen sein. Das Internet ermöglicht vielen Menschen den Zugriff auf wertvolle kulturelle Informationen. Deshalb unterstützen die Liberalen auch die Digitalisierung von Schrift- und Archivgut.

Auch regionale Kultur ist uns wichtig. Die FDP steht daher für eine bürgerschaftliche Ausgestaltung des Denkmalschutzes. Die Kulturförderung ist nicht nur geistige Inspiration, sondern garantiert Arbeitsplätze. Mit uns werden kulturtouristische Projekte und Marketingnetzwerke auch künftig unterstützt. Darum bekennt sich die FDP z. B. zur Förderung der niederdeutschen Sprache.

10 Gründe für eine starke FDP

Die FDP ist der Motor dieser Landesregierung. Nur dank einer starken FDP ist vieles gelungen:

- die konsequente Sanierung der desaströsen Finanzen des Landes,
- der beispielhafte Aufstieg Niedersachsens in der Wirtschaftsentwicklung und die deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit.
- die Verwaltungsreform, mit Stärkung der Kommunen und die Abschaffung der Bezirksregierung sowie die konsequente Entbürokratisierung durch Abbau von Gesetzen und Vorschriften,
- die Einführung der Eigenverantwortlichen Schule, die Abschaffung der Orientierungsstufe und das Abitur nach 12 Jahren,
- die Senkung der Unfallzahlen bei jungen Autofahrern durch die Einführung des begleiteten Fahrens („Führerschein ab 17“),
- die Einrichtung des Innovationsfonds zur Stärkung der niedersächsischen Wirtschaftskraft sowie von Bildung und Forschung,
- die neue Freiheit bei den Ladenöffnungszeiten,
- die Privatisierung von Landesbetrieben, etwa der Landeskrankenhäuser und der Spielbanken,
- eine Umweltpolitik, die auf Kooperation statt auf Konfrontation setzt,
- die Verhinderung überzogener polizeilicher Befugnisse, z. B. der präventiven Telefonüberwachung.

Richtiges Fortsetzen. Zweitstimme FDP.

FDP setzt auf den Sport

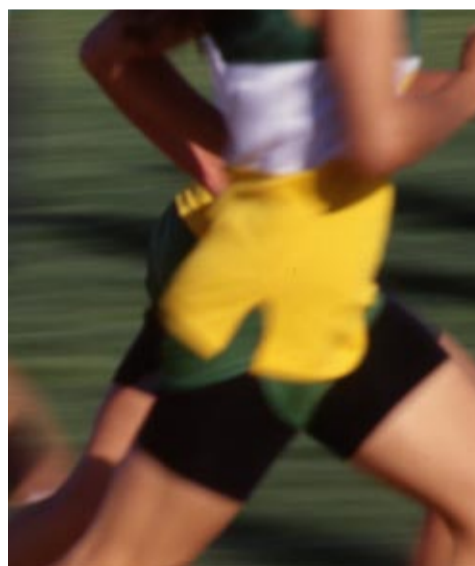
Sport fördert Gesundheit und Lebensqualität. Er bringt einen wichtigen Beitrag für andere Gesellschaftsbereichen wie Erziehung, Integration und Jugendarbeit. Deshalb will die FDP den Breiten-, Schul-, Behinderten und Spitzensport in Niedersachsen weiter unterstützen und stärken. Die Begeisterung für bestimmte Sportarten will die FDP bereits in der Jugend wecken. Und auch der Schulsport soll in Zukunft neue Impulse geben. Sportförderprogramme an den Schulen sollen Unbeweglichkeit und Übergewicht den Kampf ansagen.

Die FDP will bereits im Vorschulbereich ansetzen und für mehr Bewegung in Niedersachsen bis ins hohe Alter sorgen. Dabei kommt dem Ehrenamt etwa in den Sportvereinen große Bedeutung zu. Die FDP wird das Ehrenamt auch in der kommenden Legislaturperiode weiter stärken. Mit der Einführung der Ehrenamtskarte sind hier bereits erste Schritte unternommen worden.

Mit ihr erhalten ehrenamtlich engagierte Menschen zahlreiche Vergünstigungen.

Zur Erhaltung der niedersächsischen Sportinfrastruktur haben sich die Liberalen dafür eingesetzt, dass über einen Zeitraum von 5 Jahren insgesamt 25 Millionen Euro in die Sanierung von Sportstätten fließen wird. Weiter will man sich für die Erarbeitung von Konzepten zur Kofinanzierung aus Landesmitteln einsetzen, um den Vereinen so wieder mehr Planungssicherheit zu geben. Weiter will man sich für die Erarbeitung von Konzepten zur Kofinanzierung aus Landesmitteln einsetzen. Mögliche Rückgänge der bisher dem Sport zufließenden Mittel etwa aus der Konzessionsabgabe aus den Lotteinnahmen sollen so aufgefangen und den Vereinen damit wieder mehr Planungssicherheit gegeben werden. Für die Liberalen steht auch fest: Nur ein sauberer Sport kann entsprechende Wirkung entfalten.

Dabei hat die FDP mit der Verabschiedung eines Anti-Doping-Aktionsplanes ein klares Zeichen gesetzt.



Liberaler Medienpolitik für Niedersachsen

FDP setzt auf Aufklärung statt Verbote - GEZ abschaffen - Chancen der Digitalisierung nutzen
Eine Neugestaltung des Gebührensystems des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Vermittlung von mehr Medienkompetenz, die weitere Stärkung der niedersächsischen Medienwirtschaft und der Schutz der Pressefreiheit – das sind die Kernziele, die sich die niedersächsische FDP für die kommende Wahlperiode gesetzt hat. Die FDP stellt das derzeitige System zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Frage. Die Kopplung der Gebühr an das Vorhandensein eines Empfangsgerätes ist nicht mehr zeitgemäß.

Dabei zweifelt die FDP nicht den prinzipiellen Bestand des dualen Rundfunksystems bestehend aus privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern an. Nach Auffassung der Liberalen muss aber eine klare Definition dessen erfolgen, was ARD und ZDF im Rahmen des

Grundversorgungsauftrages zu leisten haben. Auf dieser Grundlage soll dann ein neues zeitgemäßes und gerechtes Finanzierungsmodell entwickelt werden – das dann auch gut ohne die Datenkrake der GEZ und die GEZ-Schnüffler auskommt. Bei der Frage von Gewaltdarstellungen in Computerspielen und anderen problematischen Inhalten setzt die FDP auf bessere Aufklärung. Verbote, wie sie im Zuge der Debatten um die so genannten „Killerspiele“ immer wieder angeregt werden, sind der Sache nicht dienlich und bewirken eher noch das Gegenteil. So ignorieren solche Vorstöße die wahren Probleme von Jugendlichen. Sinnvoll ist dagegen eine verstärkte Aufklärung – bei Kindern und Jugendlichen genauso wie bei den Erziehungsberechtigten. Die Einführung verbindlicher Unterrichtsangebote, die Förderung von Angeboten zur Vermittlung von Medienkompetenz und die Stärkung der freiwilligen Selbstkontrolle sollen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit problematischen

Inhalten führen. Zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen will die FDP künftig besonders solche Unternehmen und Hochschulen unterstützen, die sich im IT-Bereich bereits einen deutlichen Entwicklungsvorsprung vor anderen Akteuren und Regionen Deutschlands und Europas erarbeitet haben.

In Sachen Pressefreiheit haben die so genannte „Cicero-Affäre“ und die Bespitzelung zweier Journalisten der „Wolfsburger Allgemeinen Zeitung“ klar gezeigt, dass es auch in Deutschland immer wieder Tendenzen zur Beschneidung dieses unabdingbaren demokratischen Gutes gibt. Deshalb wurde von der niedersächsischen FDP bereits im März 2006 ein Vorschlag zur Änderung der Strafprozessordnung zu Gunsten des Presserechtes vorgelegt. Diese Politik wird man auch in den kommenden Jahren weiterverfolgen und sich ohne Wenn und Aber für den Schutz der Freiheit der Presse einsetzen.

SPEZIAL

Pensionsfonds für Beamte

Die Altersbezüge der Landesbediensteten stellen bereits heute mit 10 % eine der größten Ausgabepositionen des Landes dar. Diese kann in den nächsten 20 Jahren auf bis zu 16 % anwachsen. Um die drohende Kostenlawine, die auf den niedersächsischen Landeshaushalt durch Pensionsansprüche der Staatsbediensteten zurollt, aufzufangen, schlägt die FDP die Schaffung eines eigenen Fonds vor. Der dafür notwendige Kapitalstock kann jedoch nur langfristig aufgebaut werden.

Die FDP fordert:

- die Einführung eines Pensionsfonds, der Transparenz in die finanzielle Belastung des Landes durch Versorgungszahlungen bringt,
- die Zuführungen von Landesmitteln für alle neu eingestellten Beamten in den Fonds,
- eine mittelfristige Ausweitung dieser Zuführungen auch auf bereits beschäftigte Beamte,
- langfristig sämtliche Pensionslasten über den Fonds abzudecken,
- die Anlage der Mittel unter den Gesichtspunkten Sicherheit und Rendite, ohne die Kreditaufnahme des Landes auszuweiten.

Impressum:

FDP Freie Demokratische Partei
Landesverband Niedersachsen
Walter-Giesecking-Str. 22
30159 Hannover
V.i.S.d.P.: Dr. Stefan Birkner
Telefon: 0511 - 28071-0
Telefax: 0511 - 28071-25
E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de